Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10610

06. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Maritta Böttcher, Dr. Christa Luft, Rosel Neuhäuser, Rolf Kutzmutz und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8599 –

Sofortprogramm berufliche Erstausbildung für alle Jugendlichen

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Edelgard Bulmahn, Christel Hanewinckel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/8640 –

Sofortprogramm Arbeit und Beruf für junge Frauen und Männer

A. Problem

Angesichts einer allgemeinen hohen Arbeitslosigkeit soll die Bundesregierung das Defizit an beruflichen Ausbildungsplätzen, die Schwierigkeit beim Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben und die Jugendarbeitslosigkeit durch Sonderprogramme bekämpfen.

B. Lösung

Die Anträge werden abgelehnt, weil durch die Bundesregierung bereits die vorgeschlagenen Maßnahmen, mit Ausnahme der Umlagefinanzierung von Ausbildungsplätzen, verwirklicht werden.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags in Drucksache 13/8599 oder als Antrag in Drucksache 13/8640.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 13/8599 – abzulehnen;

b) den Antrag – Drucksache 13/8640 – abzulehnen.

Bonn, den 22. April 1998

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Doris Odendahl	**Werner Lensing**	**Günter Rixe**	**Antje Hermenau**
Vorsitzende	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin
	Dr. Karlheinz Guttmacher	**Maritta Böttcher**	
	Berichterstatter	Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Werner Lensing, Günter Rixe, Antje Hermenau, Dr. Karlheinz Guttmacher und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Die Anträge – Drucksachen 13/8599, 13/8640 – wurden in der 197. Sitzung des Deutschen Bundestages in der 13. Wahlperiode am 9. Oktober 1997 an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung sowie den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen. Die Drucksache 13/8599 wurde außerdem an den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

a) Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8599 – enthält die Aufforderung an die Bundesregierung, ein Programm für 100 000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze aufzulegen, um das Defizit zwischen der Nachfrage und dem Angebot an Ausbildungsplätzen vor allem in den neuen Bundesländern zu vermindern. Ausbildungsplätze sollen bei Betrieben zugekauft werden, die bereits eine eigenfinanzierte Ausbildungsquote von 8 % haben. Die Finanzierung soll durch Umschichtung und Bündelung von Mitteln des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit, der europäischen Strukturfonds und der Ländersonderprogramme erfolgen.

b) Mit dem Antrag – Drucksache 13/8640 – fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung auf, spätestens zum 1. November 1997 ein Sofortprogramm „Arbeit und Beruf für junge Frauen und Männer" aufzulegen. Dieses Programm soll ein herausragender Baustein im Rahmen eines arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Gesamtkonzeptes darstellen. Beruflich qualifizierte jugendliche Arbeitslose, Jugendliche mit schulischen und/oder sozialen Defiziten, Jugendliche ausländischer Herkunft und junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung sollen durch das Programm gefördert und damit kurzfristig die Jugendarbeitslosigkeit um mindestens 100 000 Personen vermindert werden. Die Finanzierung soll durch Umschichtung und Bündelung von Mitteln des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit und der europäischen Strukturfonds erfolgen. Zu den aufgeführten Maßnahmen im Rahmen des Programms gehört auch die gesetzliche Verankerung des finanziellen Ausgleichs zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben (Berufsausbildungsfinanzierungsgesetz).

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

a) Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 21. April 1998 den Antrag beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, dem federführenden Ausschuß empfohlen, die Vorlage abzulehnen

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P., die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 126. Sitzung am 25. März 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 22. April 1998 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beschlossen, den Antrag abzulehnen.

b) Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P., die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 126. Sitzung am 25. März 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 22. April 1998 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuß

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen erstmals am 29. Oktober 1997 im Zusam-

menhang mit dem Berufsbildungsbericht 1997 der Bundesregierung, der Unterrichtung der Bundesregierung über das Reformprojekt „Berufliche Bildung" und den Gesetzentwürfen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS für eine gesetzliche Regelung der Umlagefinanzierung der Berufsausbildung beraten. Die Beratung der Vorlagen für die Sofortprogramme wurde am 22. April 1998 im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Gruppe der PDS für ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (auf Artikel 12) – Drucksache 13/8573 – fortgesetzt.

Seitens der Fraktion der SPD wurde betont, daß die aktuelle Situation der von Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Menschen keine Verzögerung bei den vorgeschlagenen Maßnahmen erlaube. Die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit würden die Gesellschaft langfristig sehr viel mehr kosten als jetzt ein Sofortprogramm zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit. Der Vorschlag der Gruppe der PDS für ein Sofortprogramm ziele in die gleiche Richtung wie der SPD-Vorschlag. Deshalb würden sich Mitglieder der Fraktion der SPD hierzu ihrer Stimme enthalten.

Seitens der Gruppe der PDS wurde darauf hingewiesen, daß ihr Vorschlag für ein Sofortprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen im Vergleich zu einer gesetzlichen Regelung der Umlagefinanzierung der Berufsausbildung nur als zweitbeste Lösung zu betrachten sei. Der Antrag der Fraktion der SPD sei weiterhin von hoher Aktualität und versuche, ein dringendes gesellschaftliches Problem zu lösen. Deshalb würden die Mitglieder der Gruppe der PDS dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen.

Seitens der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde erklärt, daß die in den Sofortprogrammen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verminderung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit – mit Ausnahme des Berufsausbildungsfinanzierungsgesetzes – bereits von der Bundesregierung ergriffen wurden. Die Ablehnung einer gesetzlichen Regelung für eine Umlagefinanzierung sei bereits an anderer Stelle begründet worden.

Der Ausschuß faßte in seiner Sitzung am 22. April 1998 die folgenden Beschlüsse:

- Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8599 – wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der SPD, gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, abgelehnt.
- Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/8640 – wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 22. April 1998

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Werner Lensing
Berichterstatter

Günter Rixe
Berichterstatter

Antje Hermenau
Berichterstatterin

Dr. Karlheinz Guttmacher
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333